

Kamener Zeitung

Vollsfreund für Ramen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Bezugspreis für Monat Februar 3 Goldmark. Falls
wie in der Ausgabe oder Änderung der Zeitung ge-
ändert sind, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: S. Schubert, Ramen.

Nr. 30

Dienstag, den 5. Februar 1924

52. Jahrgang.

Vor einer neuen Reparations- konferenz?

(W) Blättermeldungen zufolge hat gestern nachmittag eine wichtige Kabinettsitzung stattgefunden. Wie Evening Standard erfährt, soll außer dringenden inneren Problemen auch die Vereinbarung einer neuen Reparationskonferenz erwogen worden sein. Der britische Botschafter in Paris Lord Crewe sei in London eingetroffen und werde eine Unterredung mit MacDonald haben. Er soll wichtige Vorschläge überbringen.

Die Verhandlungen über die englische Reparationsabgabe.

(W) Reichsfinanzminister Dr. Brücker machte heute Vertretern der am Handel mit England interessierten Wirtschaftskreise folgende Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit der britischen Regierung wegen der englischen Reparationsabgabe: Die Verhandlungen mit England über das German Reparation Recovery-Gesetz sind auch nach der Rückkehr unserer Delegierten aus London fortgesetzt worden. Wir tun alles, was in unserer Möglichkeit steht, um eine Einigung zu erzielen. Die Wiederaufnahme von Barzahlungen unter der ferneren Befestigung der Befestigung ist jedoch für uns zurzeit unmöglich, weil unser Budget diese monatliche Belastung von 15 bis 17 Millionen Goldmark nicht tragen kann. Wie bedeutsam dieser Kosten im Budget ist, erkennt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Gesamtsumme der Beamtengehälter aller Reichsbehörden nur 45 Millionen Goldmark im Monat ausmacht. Zahlungen in verhältnismäßig so bedeutsamer Höhe würden sofort den jetzt bereitgestellten Budgetzustand wieder in Frage stellen, was auf jeden Fall verhindert werden muß. Wir haben der englischen Regierung eine andere Regelung vorgeschlagen. Diese Vorschläge haben wir jetzt ergänzt und hoffen, daß England nunmehr die Möglichkeit steht, sie anzunehmen, um damit alle Schwierigkeiten, die dem Handel entgegenstehen, zu beseitigen.

Der erste Sachverständigenausschuß,

der Untersuchung für Währungsfragen, beschäftigt sich gestern mit den Vorbereitungen zum Plan einer Goldnotenbank. Der Untersuchungsausschuß für das Budget hat gestern den deutschen Haushaltsplan für 1924 geprüft und von der deutschen Regierung hierzu weitere Informationen verlangt. Man denkt, mit Staatssekretär Fischer und weiteren deutschen Sachverständigen die einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten durchzugehen. Der zweite Ausschuß, der überhaupt nur einige Tage in Berlin verweilen sollte, hofft Ende dieser Woche mit seinen Arbeiten in Berlin fertig zu sein. Höchstwahrscheinlich wird er Ende der kommenden Woche auch neue in Paris zusammenzutreten.

Macdonald und Poincaré.

(W) In seinem jetzt veröffentlichten Schreiben an Poincaré gedenkt Macdonald der Krisen, die beide Völker Seite an Seite durchlebt haben und der gemeinschaftlich getragenen Opfer. Er bedauert, beim Antritt seiner Regierung so viel unerledigte Fragen vorgefunden zu haben, die Unruhe und Verstärkungen erwecken. Er wie Poincaré hätten die öffentliche Meinung und die nationalen Interessen jeder bei seinem Volke zu berücksichtigen. Diese Konflikte könnten aber sicherlich durch eine äußerste Anstrengung guten Willens geregelt werden, und das freundschaftliche Zusammenwirken zwischen Frankreich und England könne aufrecht erhalten werden. Man könne offen sein und ohne Feindseligkeiten die Interessen beider Völker verteidigen und den Frieden und die Sicherheit Europas wahren.

Poincaré wünscht Macdonalds Erfolg in seinen Bemühungen um das Wohl seines Vaterlandes und erinnert an die gemeinschaftlichen Prüfungen und Opfer. Deshalb bedauere auch er, daß mehrere, für beide Völker wichtige Fragen ungelöst seien. Ebenso wie Sie führt Poincaré fort, werde ich mich Mühe geben, die dieser Regelung tun, im Einverständnis mit Ihnen und zu unserem gegenseitigen Nutzen. Meine Aufmerksamkeit wird immer der Zukunft entsprechen und wenn ich mit der Verteidigung der französischen Interessen denselben Eifer an den Tag lege, wie Sie bei der Verteidigung der Interessen Englands, so wird das doch niemals, davon bitte ich Sie überzeugt zu sein. Die Herzlichkeit unserer Beziehungen schmälern. So ist es möglich, daß wir beide, von solchem Gefühl befeuert, die Entente zu einem wirksamen Bündnis machen können und daß es gelingen sollte, von ihr die Früchte zu ernten, die sie tragen kann und tragen soll, damit ganz Europa endlich dem Frieden.

Sicherheit und die Freiheit der Arbeit wieder- findet. Eine deutsche Note gegen Zollmaß- nahmen im besetzten Gebiet.

(W) Durch die vor kurzem von der Rheinlandkommission vollzogene Erhöhung der Zölle auf die Waren, um 100% des deutschen Zolltarifs, ist das besetzte Gebiet in wirtschaftspolitischer Beziehung gegenüber dem übrigen Deutschland vollständig zum Ausland gemacht worden. Die wirtschaftliche Abtrennung ist von den Besatzungsbehörden noch weiter verschärft worden durch Maßnahmen, die die Wareneinfuhr in das besetzte Gebiet für Spirituosen, Seide, Kleider usw. ermäßigt, während die Zölle für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebietes erhöht wurden. Durch diese Maßnahmen werden die deutschen Eisenbahnen und besonders auch die deutschen Zollmaßnahmen, die im Dezember nur die Hälfte der Zolleinnahmen im November ausmachten, stark geschädigt. Der Schaden für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen ist ungeheuer. Der ernsthafte und bisher erfolgreiche Versuch der deutschen Regierung zur Stabilisierung des deutschen Budgets würde in Frage gestellt, wenn dieser Zustand andauert. Die Reichsregierung hat daher vor einigen Tagen in einer besonderen Note bei der französischen und belgischen Regierung wegen dieser Maßnahmen Einspruch erhoben und ihre alsbaldige Aufhebung beantragt.

Eine Rundgebung der Brudertreue.

(W) Von den verschiedensten Volksschichten ist in allen Teilen des deutschen Reiches in der letzten Zeit vielfach lesehört worden, der unersättlichen Zusammengehörigkeit als deutsche Stämme mit den Pfälzern ständigen und nachvollständigen Ausdruck zu verleihen. Wie Wolff erzählt, wird am Sonntag den 17. 2. 24. im ganzen Reich ein Pfalztag stattfinden, als eine mächtige Rundgebung der Brudertreue und als Opfertag für die deutsche Pfalz. Die Rundgebung geht aus und wird betrieben von den politischen Parteien, von den großen Wirtschaftsverbänden, sowie von den sonstigen großen kulturellen, charitativen und landmännlichen Vereinigungen. Es ist ein Arbeitsausschuß gewählt worden, der alle Vorbereitungen treffen wird, um den Pfalztag in erster und würdiger Weise durchzuführen. Gleichzeitig wird aufgefordert, in allen Städten und Gemeinden örtliche Arbeitsausschüsse zu bilden, die sich die Beratung und Durchführung der pfälzischen Rundgebung angelegen sein lassen.

Schlimme Zustände in Pirmasens.

(W) Die geschehenen Zustände, die in Pirmasens infolge der Verhaftung und Verschleppung der städtischen Polizeibeamten herrschen, haben sich dadurch ernstlich verschärft, daß die städtischen Beamten an der ordnungsmäßigen Geschäftsführung behindert sind und daß keine Erwerbslosenunterstützungen ausbezahlt werden. Erwerbslose und Gefinzel, mit roten Armbinden, haben unter der Führung von Separatisten, die gleichfalls rote Armbinden tragen, das Stadthaus besetzt. Die noch nicht ausgewiesenen Stadtratmitglieder wurden ins Rathaus geschleppt, dort 12 Stunden festgehalten und mit den schärfsten Zwangsmitteln bedroht, für den Fall, daß sie nicht die sofortige Auszahlung der Unterstützung anordnen würden. Da die Stadträte nicht fähig waren, und keine Gelder zur Auszahlung zur Verfügung standen, wurden die Beamten auf ihren Protest hin wieder entlassen. Der franz. Bezirksbevollmächtigte hat auf ihre Vorstellungen hin erklärt, er sei bei der geringen Besatzung von 30 Mann solchen Zuständen gegenüber machtlos.

Ueber den italienisch-russischen Generalvertrag

bringt der Messagero folgende Einzelheiten: Der Generalvertrag besteht aus einem Handelsvertrag, einem Schiffsverkehrsvertrag und einem Zollvertrag nebst Zusatzverträgen. Der Handelsvertrag enthält im ersten Artikel die ausdrückliche rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung, alsdann Bestimmungen über die Gründung von Konzernen beider Länder und deren Funktionen. Ferner verleiht, daß Russland große Mengen von Getreide bestimmter Art liefern muß, deren Geldbetrag teilweise in Anlauf italienischer Waren anzulegen ist. Russland gewährt Italien eine bedeutende Herabsetzung der Zolltarife und tritt für eine bestimmte Anzahl von Jahren das ausschließliche Recht auf den Küstenverkehr mit bestimmten Häfen des Schwarzen Meeres ab. Eine gemischte Kommission bestimmt jährlich das Programm über Verkauf und Ankauf zwischen beiden Ländern. Italien erhält Konzessionen

für Kohle und Petroleum, deren Modalitäten noch nicht festgestellt sind. Noch ungelöst ist die Frage der Kredite und Forderungen italienischer Staatsangehöriger. Wie Ferriere d'Altano von Jordanst, dem Hauptunterhändler Russlands erfahren haben will, erhalten die italienischen Staatsangehörigen ihr Eigentum zurück, müssen aber der Sowjetregierung einen Teil des Einkommens abtreten.

Das internationale Arbeitsamt zur Arbeitszeit.

(W) In der Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts kam es anlässlich des Antrages der Arbeitnehmergruppe, welche eine baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag fordert, zu einer längeren Aussprache über die Arbeitszeit in Deutschland und ihre Beziehungen zur Reparationsfrage. Der französische Arbeitgebervertreter Pinot wies auf die Bewegung zur Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland hin. Er erklärte, daß ein Wirtschaftsfriede ohne Regelung der Reparationsfrage nicht möglich sei und erinnerte an die letzten Erklärungen des Reichspräsidenten über die deutsche Bereitwilligkeit zu Reparationsleistungen. Er schloß, indem er erklärte, daß man mit Rücksicht auf die Reparationsfrage Deutschland nicht die Möglichkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit nehmen dürfe. Der Vertreter der deutschen Regierung, Dr. Feig und der deutsche Arbeitgebervertreter Vogel legten im Anschluß an die Ausführungen Pinots dar, daß Deutschland keine andere Möglichkeit habe, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten und Reparationen zu leisten, als Mehrarbeit. Dr. Feig betonte dabei aber den dringenden Wunsch der Reichsregierung, der auch in einer neuen Verordnung zum Ausdruck gebracht worden sei, den Grundsatz des Achtstundentages aufrecht zu erhalten. Er sei mit Pinot darin einig, daß die Reparationsfrage einer endgültigen Lösung bedürfe. Deutschland brauche mehr als andere Länder Wirtschaftsfrieden und wirtschaftliche Freiheit. Wenn dieses Ziel erreicht sei, würde es auch wieder zu normalen Arbeitsbedingungen zurückkehren können. Weib aber Deutschland in Fesseln, so werde nicht nur die Sozialpolitik Deutschlands, sondern die aller Länder schweren Schaden erleiden. Der deutsche, französische und englische Arbeitnehmervertreter bestreiten im weiteren Verlauf der Aussprache, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Produktions- und Reparationsfähigkeit heben könnte. Der deutsche Arbeitnehmervertreter Leiharb erklärte sich dabei ebenfalls ausdrücklich zu Reparationsbereitschaft, forderte aber, daß sie nicht ausschließlich auf den Arbeitern lasten dürfen. Die englische Regierungsvertreterin Miss Bonfield teilte mit, daß die neue englische Regierung in der Frage des Achtstundentages eine andere Politik als die frühere einschlagen werde, verneinte es aber, eine bestimmte Erklärung über die Ratifizierung des Abkommens zu geben. Sie bezeichnete das Reparationsproblem als ein dringliches Problem, welches die englische Regierung ernsthaft beschäftige. Nach einem Schlusswort des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes wurde ein Vermittlungsantrag des italienischen Regierungsvertreters Micheli angenommen, der ohne besondere Erwähnung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag den Verwaltungsrat auffordert, die Ratifizierung aller internationalen Abkommen anzustreben.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß heute ohne Debatte, auf Antrag des Direktors des Arbeitsamtes, Albert Thomas, die Beratung der zur Verhandlung stehenden Saargebietes auf die nächste, im April stattfindende Sitzung zu vertagen. Wie erinnerlich, hatte der deutsche Vertreter bei den Vorbesprechungen lebhaft die Vertagung bestritten, nachdem infolge des Eingreifens der Regierungskommission des Saargebietes der dem Verwaltungsrat überreichte Antrag der letzten Arbeitskonferenz auf Durchführung der sozialgesetzgeberischen Grundzüge des Völkerbundes im Saargebiet auf ein falsches Gleise geraten war. Man rechnet damit, daß durch direkte Fühlungnahme zwischen den Beteiligten bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsrates konkrete Vorschläge im Geiste des Antrages der letzten Konferenz und der Wünsche der Arbeitnehmer ausgearbeitet werden könnten.

Zur Behebung des Arbeitsmarktes

hat der Reichsarbeitsminister die Möglichkeit eröffnet, Erwerbsunternehmungen, die ganz oder in selbständigen Betriebsstellen stillliegen, Darlehen und Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu gewähren, wenn sie den Betrieb wieder

aufnehmen und in ihm 20 Erwerbslose beschäftigen, die zwei Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und noch weiter erwerbslos sein würden. Die Voraussetzung für diese Förderung, die naturgemäß in sehr engen Grenzen gehalten werden muß, sind aus den Bestimmungen über die Einstellung unterstützter Erwerbsloser vom 18. Jan. 1924, die im Reichsarbeitsblatt Nr. 3 vom 1. Febr. 1924 und im deutschen „Reichsanzeiger“ veröffentlicht sind, zu ersehen. Die Anträge auf Bewilligung von Darlehen und Zuschüssen sind an die Gemeindebehörden zu richten, die mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises entscheiden.

Streikzusammenbruch im Düsseldorf- Bezirk.

(W) Der „Aufwärts“, das Organ der westlichen Gewerkschaften, meldet: Bei den Mannesmann-Walzwerken nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf. Es arbeiten rund 1000 Mann. Die Arbeiterschaft des Werkes stand an der Spitze der kommunistischen Putz- bewegung. Auch in anderen Betrieben wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bei Rheinmetall arbeiten bereits 3000 Mann. In Benrath ist der Generallstreik ebenfalls zusammengebrochen. — Ueberhaupt gibt, wie die Köln. Ztg. meldet, im ganzen Düsseldorf-Bezirk der freie Metallarbeiterverband der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit auf. Anschlaggebend hierfür war die Stimmung in den Arbeiterkreisen selbst. So hatte, nach Mitteilungen aus dem freien Gewerkschaften, am letzten Mittwoch eine stark besuchte Versammlung von Rheinmetall einstimmig beschlossen, weiter im Ausstand zu bleiben, aber schon am folgenden Tage strömten die sich zur Arbeitsaufnahme Gemeldeten in die Betriebe. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer am Freitag die Wiederaufnahme freigaben, hatte keine Bedeutung mehr.

Im Wuppertal

nahmen die Angestellten der Schwebebahn und der elektrischen Straßenbahn gestern die Arbeit bedingungslos wieder auf, ebenso die Angestellten der bergischen Kleinbahnen für den inneren Stadtverkehr. Dagegen beschloßen die Gemeindefahrer von Barmen und Elberfeld, im Streik zu verharren und den Schiedsspruch abzuwarten. (W) Zum Kampfe in der Metallindustrie im Kreise Hagen-Schwelm hat das Schiedsgericht folgenden Beschluß gefaßt: Nachdem von seiten der Arbeitnehmervertreter erklärt worden ist, daß über die Frage der Arbeitszeit nicht mehr verhandelt werden solle, da nach ihrer Ansicht diese Frage durch den staatlichen Schlichter erledigt sei, die Arbeitgeber aber erklären, daß die Arbeitszeitfrage durch den staatlichen Schlichter noch nicht erledigt sei und die in der Gesamtheit vorliegenden Fragen nicht voneinander zu trennen sind, fordern alle von demselben Schiedsgericht ernannten werden müßten, steht sich das Schiedsgericht an, eine Einigung herbeizuführen.

In der im Laufe des gestrigen Tages vorgenommenen Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches, der die Einführung der 56 Stundenwoche vorsieht, war eine bedeutende Mehrheit für die Ablehnung.

Das Volksbegehren in Bayern.

(W) Wegen gemeinsamer Durchführung des Volksbegehrens fand zwischen der Zeitung der bayerischen Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei, sowie einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Organisationen Verhandlungen statt, die zu einer Vereinbarung führten, wonach die Durchführung des jetzigen Volksbegehrens auf breiter Grundlage gesichert werden soll. Die bayerische Mittelpartei erläßt einen Aufruf, in dem sie die Anhänger der Partei zur Unterzeichnung des Volksbegehrens auffordert. Dem Aufruf ist zu entnehmen, daß die bayerische Bp. sich bindend verpflichtet hat, daß sich das kommende Verfassungsreformgesetz nur auf folgende 4 Punkte erstrecken darf: 1. Minderung des § 92 der Verfassung (Beseitigung der hemmenden Mehrheitsbestimmung) 2. Erleichterung der unmittelbaren Volksrechte (Volksbegehren, Volksentscheid), 3. Schaffung einer, mit hinreichender Befugnis ausgestatteten, überparteilichen Staatsstiftung, 4. Einführung einer zweiten Kammer. (Während eine Verfassungsänderung nur mit zwei Drittel Mehrheit durchgeführt werden kann, verlangt das Volksbegehren der bayerischen Bp., daß der neugewählte Landtag Verfassungsänderungen mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt.)

Namen, 5. Febr. (Verstorbener.) Die
Beschlüssen für die Bezahlung der Gebühren
für Telefongespräche gegen bisher dahin, daß
dem Teilnehmer eine Zahlungsaufforderung zu-
ging, sobald er für 10 Mark gesprochen hatte.
Das Reichspostministerium ist jetzt, wie wir
hören, zu der Auffassung gelangt, daß die
Grenze von 10 Mark für Teilnehmer, die das
Telefon nur in Anspruch nehmen, zu niedrig
sei. Grundsätzlich soll von jetzt an jeder Teil-
nehmer monatlich einmal seine Gebühren ent-
richten.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung
vom Montag = 4139 500 000 000 bis
4210 500 000 000, das englische Pfund =
18 354 000 000 000—18 446 000 000 000, der holl.
Gulden = 1578 045 000 000—1585 955 000 000, der
schweizerische Franken = 733 332 000 000 bis
737 088 000 000, der französische Franken =
198 802 000 000—199 798 000 000.

Von der Kleinbahn Unna-Ramen-Berne wird uns geschrieben: „In der Öffentlichkeit mehren sich die Angriffe gegen die Höhe der Straßenbahntarife. Es wird ihre Zurücksetzung auf die Vorkriegssätze verlangt. Prüfungssstellen und Staatsanwalt haben sich in vielen Orten — übrigens in völlig unzulässiger und unrechtmäßiger Weise — mit den Straßenbahntarifen beschäftigt. Niemand, vor allem kein Leiter eines Verkehrsunternehmens, hat ein Interesse an hohen Beförderungspreisen; im Gegenteil, es gilt bei keinem anderen Gewerbegebiet so sehr der Grundsatz, durch möglichst niedrige Preisstellung den Umsatz und dadurch die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu heben, wie gerade im Verkehrsweisen. Freilich muß auch hier eine Vorbedingung erfüllt sein: Die Ausgaben müssen durch die Einnahmen gedeckt sein. Wie steht es aber bei den Straßenbahnen? Der immer wieder angeführte Hinweis auf die Vorkriegssätze der Tarife ist verfehlt, da der jahrzehntelange allgemein angewendete Zehnprozenttarif nach den gemachten Erfahrungen bereits vor dem Kriege vollkommen unzulänglich gewesen ist. Er entsprach längst nicht mehr dem Wirtschaftsgrundsatz von Deckung und Gegenleistung, und seine weitere Beibehaltung hätte auch bei normaler Entwicklung die Verkehrsunternehmen dem Verfall ausgeliefert. Auch bereits vor dem Kriege war der Anfang zu höheren Tarifen gegeben. Der Krieg unterbrach diese normale Entwicklung. Die Straßenbahnen mußten sich auf Kriegsbetrieb einstellen. Beschlagnahme, Mangel an Betriebsmaterial und Personal führten — zu einem Klaubau und unrationellen Betriebe. In diesem Zustande gelangten die Straßenbahnen in die Nachkriegszeit, während der sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bis zum völligen Zusammenbruch der Straßenbahnen gesteigert hatten. Die Einführung des Achtstundentages, die Hemmnis in Zusammenhang stehenden vielfachen kostspieligen sozialen Vergünstigungen an die Arbeitnehmer, der Leistungsrückgang, die Belastung des Unternehmens mit neuen Steuern und Abgaben, vor allem die ständigen, der allgemeinen Teuerung voraussetzenden Steigerungen der Materialpreise vermehrten die Ausgaben der Straßenbahnen ins Ungemeine, ohne daß die Möglichkeit bestand, auf der Einnahmeseite gleichen Schritt zu halten. Die Straßenbahnsatzpreise blieben dadurch hinter der Geldwertung zurück. Die Folge war, daß sich die Schuldentafeln der Straßenbahnen ungeheuer vermehrten, und der Betrieb nur noch notdürftig unter schärfsten Einschränkungen aufrechterhalten werden konnte. Die unausbleiblichen Folgen dieser Zustände sind heute die, daß Bahnanlagen und Betriebsmittel sich in einem stark vernachlässigten Zustande befinden. Erst wenn das Verfallene nachgeholt, wird es möglich werden, mit einem billigeren und rationellen Betriebe und geringeren Fahrpreisen zu rechnen. Eine Gefundung der Straßenbahnen ist nur denkbar, wenn es gelingt, die ganze Anlage wieder in Ordnung zu bringen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Leerdarlehen unserer Wirtschaft, Kohle und Eisen, auf das berechnigte Maß der Gefehungskosten gerabgedrückt werden. Daß dies nicht der Fall ist, beweist die Tatsache, daß die Kohlenpreise noch immer mehr als das Doppelte der Vorkriegspreise betragen. Gelingt hier nachhaltiger Preisabbau, und sind die Schäden der Krieges- und Nachkriegszeit beseitigt, wird auch die Zeit für eine weitere Senkung der Straßenbahntarife gekommen sein.

Die Eisenbahnfahrpreise der Regiebahn sind vom 1. Februar ab erhöht worden und zwar für die erste Klasse um 25 Prozent, für die zweite um 35 Prozent, für die dritte um 80 Prozent und für die vierte Klasse um 100 Prozent.

Die Postbeamten-Organisationen sind Sonntag zu einer allgemeinen Versammlung über den Entwurf eines Reichspost-Einzarges, das einen tiefen Eingriff in das Beamtenwesen darstellt, zusammengetreten. Es wurde beschlossen, im ganzen Reihe Versammlungen zu veranlassen, die zu dem Entwurf Stellung nehmen sollen.

Sabas stellt in einer Düsseldorfser Nachricht die Meldung richtig, daß im Laufe des Monats die ausgewiesenen Beamten der grünen Polizei zum größten Teil ihre Tätigkeit im Ruhrgebiet wieder aufnehmen würden. Die Bezugsbehörde, erklärt Sabas, beabsichtige nicht, die Rückkehr der grünen Polizei ins Ruhrgebiet, sehe jedoch die Notwendigkeit ein, die bläuliche (blaue) Polizei zu verstärken und hätte deshalb genehmigt, daß diese Polizeibeamten, soweit sie aus dem Rheinland und Westfalen begürtigt sind, in die blaue Polizei einstellt würden.

Der Evangelische Kirchenbund von Westfalen hatte am 7. Januar d. Js. in Hagen eine außerordentliche Führertagung, in der er

Von Staatsminister Dr. D. Voellig.

Die preukische Staatsregierung und besonders das preukische Kultusministerium sind sich der schweren Verantwortung voll bewußt, die darin liegt, daß Artikel 18 der Abbauverordnung des Reiches infolge der geradezu trostlosen Lage der Finanzen die Unterrichtsverwaltungen aller Länder zwingt, Ersparnisse auch durch Verringerung des Personalbestandes herbeizuführen. Oberster Grundsatz ist und bleibt dabei, daß die Bildungshöhe unseres Volkes nicht gemindert wird. Alle Sparmaßnahmen finden an diesem Grundsatz ihre Grenzen. Daran halte ich unter allen Umständen fest, und darum darf ich es auch zum mindesten als mißverständlich bezeichnen, daß im Zusammenhang mit der Personalabbauverordnung immer wieder von Entlassung, Schulzerkürzung, Verkürzungen der Bildung und anderem gesprochen wird. Im Gegenteil, darin liegt jetzt das Problem, daß auf dem Gebiete des Schulwesens Ersparnisse und gestiegene Wirtschaftswilligkeit keinen Kulturbau bedeuten, sondern dazu führen, neue Kräfte zu entlassen und neue Gedanken zu entwickeln.

Immer wo der wird, d. h. Begriffs Ausdruck
geboten, daß Abbau und Erhaltung-Maßnah-
men auf dem Gesetze des Bildungswertes je-
maals zu vorgenommen werden könnten. Auch da-
von kann keine Rede sein. Schulen und wissens-
schaftliche Anstalten können nicht mechanisch
herausgebrochen werden, sondern müssen als
Organismus mit eigenem Leben und eigenen
Lebensbedingungen behandelt wer-
den.

So ist die Neuordnung unseres höheren Schulwesens schon lange vor Einbringung der Abschaubordnung handvoll in Angriff genommen worden. Zu die'r Schule'm haben sich außer d'm Behörden viele Körperschaften, Einzelpersönlichkeiten und auch der preussische Pädagogenstand in e'n'm aus äh'lichen Gutachten geäußert. Au' Grund der erstatteten Gutachten sind nun in einer Denkschrift die Grundzüge der geplanten Schule'm dargestellt und für die einzelnen Schularten entsprechende Richtlinien und Stundenpläne vorgelegt worden. Dabei handelt es sich auch um die Herabsetzung der Wochenstundenzahl auf durchschnittlich 30. Diese Herabsetzung ist aus pädagogischen Erwägungen geplant; sie kann daher nicht mechanisch, sondern nur im Rahmen einer organischen Schulreform erfolgen. Es ist deshalb beabsichtigt, die einzelnen Schulreformen in ihrer Gesamtart stärker herauszuarbeiten und den Gesamtunterricht von der Bildungsstufe der betreffenden Schulreform auszugestalten. Die Bildungseinheit der höheren Schule wird durch den Kernunterricht in den allernötigsten Fächern gesichert, denen in allen Schulen eine gleiche Stundenzahl zugewiesen werden muß, damit das nationale Bildungsgut überall gleich verteilt wird. Aber Einzelheiten der Stundenverteilung kann zurzeit näher noch nicht mitgeteilt werden. Maßgebend für die Gestaltung der Lehrpläne werden neben der inneren Konzentration des Gesamtunterrichts sein: Vertiefung nach den Grundsätzen des Arbeitsunterrichts; die Möglichkeit des Eigenlebens der betreffenden Schule aus Grund von Anstaltslehrplänen, die aus der Arbeitsgemeinschaft der Lehrerschaft herauswachsen, Bewegungsfreiheit der Lehrer und Schüler im Rahmen der betreffenden Schulart, Umgestaltung der häuslichen Arbeit in dem Grundebenen des Arbeitsunterrichts, elastische Gestaltung der Reichhaltigkeit entsprechend der Persönlichkeitsentwicklung auf der Oberstufe. Daß diese pädagogischen Ideen unter dem Druck der Verhältnisse etwas schneller durchgeführt werden als sie sonst vielleicht durchgeführt worden wären, kann kein Schaden sein. Diese Umstellungen werden aber unter keinen Umständen überflüssig werden. Vor Ostern 1925 kann an eine Durch-

fig mit der Schulabbaufrage befaßt. Man war sich in der Ablehnung des Schulbaues einig und war besonders beunruhigt über die Erklärung des preussischen Kultusministers, der in seinen Beschwichtigungsworten eine Minderung der geistigen Substanz des deutschen Volkes befürchtete. Die Leistungsfähigkeit der Schule dürfe auf keinen Fall vermindert werden. Einstimmig wurde eine dahingehende Entschliebung gefaßt.

Ein frecher Straßenraub hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Sonntag, den 27. Jan., befand sich eine aus fünf Herren und einer Dame bestehende Gesellschaft aus Aämen in ihrer Habschaft in Niederaden. Als sie das Lokal verließen, wurden sie von vier Burtschen überfallen und beraubt. U. a. nahmen sie einem Herrn die goldene Uhr und der Dame ihre Handtasche mit Silbergeld weg. Da die Burtschen in dem Lokal beobachtet hatten, daß die Dame mit Silbergeld bezahlte, ist hierauf wohl der Ueberfall zurückzuführen. Jetzt ist es der Polizei gelungen, drei der Täter festzunehmen und dem Amtsgericht klamen einzuliefern, von wo zwei sofort nach Hamm überführt wurden. Der vierte konnte sich vorläufig seiner Festnahme durch die Flucht entziehen.

Oberaden, 5. Febr. (Drillinge.) Freund
Adebar hat am Samstag bei dem Bergmann
Heinrich Knidmeier von hier seine Blüthen-
karte abgegeben und den erfreuten Eltern
Drillinge besichert. Die drei Kleinen, ein
Junge und zwei Mädchen, sind wohl-
auf.

(W) Dortmund, 4. Febr. Das Militärpolizeigebiet der 3. französischen Armeeabtheilung verurtheilt in der gestrigen Verhandlung wegen unbefugten Waffensitzes den Räder Wilhelm Seckert in Dortmund zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe, den Eisenbahnlokomotivführer Ernst König in Dortmund zu 14 Tagen Gefängnis und 50 Goldmark

führung nicht gedacht werden. Verbunden mit dieser Neuordnung des höheren Schulwesens wird man einer vorzüglichen Plamwirtschaft bedürfen, z. B. Zusammenlegung von Anstalten, wenn eine nicht mehr lebensfähig ist, die andere aber in Blüte steht. Ich habe einmal gesagt, daß diese Plamwirtschaft unter keinen Umständen zungunsten schlecht bevölkelter Landestheile eriolgen soll. Gerade die dünn bevölkerten Gebiete bedürfen der höheren Schulen, die in hervorragendem Maße Kulturträger sind.

Weiter aber wird es nötig sein, daß eine leichte Erhöhung der Frequenz gewisser Schulen eintritt. Die höheren Schulen sind hier bereits an die Grenze des Erträglichsten gekommen. Auf dem Gebiete des Volksschulwesens liegen die Verhältnisse augenblicklich relativ günstiger, so daß hier eine gewisse Erhöhung eintreten kann. Ein statistischer Vergleich über die Vor- und Nachlässigkeit beläuft am nächsten darüber welche Wege gangbar sind. Während wir 1914 (auf den heutigen Gebietsumfang berechnet) 5,9 Millionen Schulkinder, im Jahre 1921 noch 5,5 Millionen Schulkinder gehabt haben, ist diese Zahl am 1. Oktober 1923 auf 4,7 Millionen gesunken. Das sind nach dem jetzigen Stand in Folge des Geburtenrückganges 1,2 Millionen Schulkinder weniger als im Jahre 1914.

Die Zahl der Lehrkräfte betrug	
im Jahre 1914	112 000
„ „ 1921 beinahe	118 000
„ „ 1923	117 000

Die Zahl der auf eine Bechraft entfallenden Schüler betrug sich somit

im Jahre 1914 auf . .	527
" " 1921 " . .	468
" " 193 " . .	402

Auf eine Schulklasse kamen	
im Jahre 1914	49,2 Kinder
" " 1921	44,8 "
am 1. Oktober 1923	38,2 "

Also heute im Vergleich zu 1914 1,2 Millionen Kinder weniger, 5000 Gehörte mehr, von jeder Gehörtaute 12 Kinder weniger betreut und im Durchschnitt in einer Schulklasse 11 Kinder weniger als damals. Vor solchen Zahlen wird es oft nur, daß es keinwegs eine Aufgabe der Bildungshöhe unseres Volkes bedeutet, wenn wir — hinsichtlich der Massenfrequenz in unseren Volksschulen — nach einem verlorenen Krieg — uns dem letzten Friedensstande anheften

Wenn's Kann für den Uebergang zu einer
besseren ist eine geringe Erhöhung der Pflich-
tensumme in Kauf genommen worden. Wenn
alle Beamten einer eoblen Anstalt sich
unterwerfen, dann werden die preussischen Leh-
rer auch nicht fragen und in allen übrigen Be-
amten dem Staate willig geben, was die Not
verlangt.

Wenn ich die Ersparnisse, die der Staat auf dem Gebiete des Bildungswesens durch Personal-Einsparungen herbeiführen kann, voll ausnützen läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Auf jeden Fall wird zum 1. April d. J. nur eine geringe Verminderung auf Grund der Erhöhung der Altpensions- und Pensionsstundenzahl ermöglicht werden. Im Laufe der Jahre 1924 und 1925 wird sich dann zeigen, wie viele Kräfte ohne Schaden der Bildungsanstalten eingestellt werden können.

Die Definitivität macht sich somit ein durchaus fälsches Bild vom Schulabba. Keine Versicherung ist hier am Werke. Hier handelt es sich um planvolle Neugestaltung und um eine stärkere Anspannung der Kräfte von uns allen. Folgt die Beherrschung dem Aufste des Staates voll Hingebung und mit Einsetzung alles ihres Könnens, dann braucht uns weiter um die Zukunft der Schule noch des Vaterlandes bange zu sein.

Geldstrafe, den W t Paul Brinkhoff in Dortmund zu einer Geldstrafe von 1000 Goldmark, an deren Stelle im Nichtzahlungsalle ein Jahr Gefängnis tritt. — Zwei Schweizer, die Geldwechsler sind, wurden weil sie an ihrer Wechselstube in Dortmund nur die Verkaufskurse der Devisen angehängt hatten zu je 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt. — W g n Mietsüberforderung einem französischen Buchhändler gegenüber wurde der Kaufmann E. Mayer Bochum zu einer Geldstrafe von 10 000 Goldmark verurteilt. Der Kreisverpflügerungs-Obersekretär Karl Jesper aus Hörde war, als am 16. Januar französische Kriminalbeamter eine Hausdurchsuchung bei ihm vornahmen, im Besitze von Büchern und Schriften antisanzösischer Tendenz befunden worden. Da Jesper umhergelegt behauptet, diese Bücher und Zeitschriften teils vor und teils nach dem Kriege, sämtlich aber vor dem Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet erworben und sie nicht als Waffe gegen die Besatzungstruppen verwendet habe, ließ der Staatsanwalt die nach dieser Richtung erhobene Anklage fallen. Bei der Hausdurchsuchung wurden aber auch 8 Patronen gefunden, die zu einem Revolver gehörten, den Jesper zu seinen Eltern nach Brachmede gebracht hatte. Wegen dieses Munitionsbefisses wurde Jesper zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Zürchen 4. Febr. Ein trauriger Vorfall ereignete sich in unserer Gemeinde. Drei Kinder des Bauunternehmers Bels, darunter ein Zwillingsspaar von 5 Jahren, fielen beim Baden in die hochgehende Rahnne. Während zwei Kinder gerettet wurden, ertrank einer der Zwillinge in den Fluten. Den schwergeprüften Eltern bringt man allseitige Theilnahme entgegen.

Hobestadt, 4. Febr. (Eine neunjährige Lebensretterin.) Die 9jährige Tochter Gertrud des Arbeiters Müning rettete den 7jährigen

Sohn des Gastwirts Wobehäuser unter Lebens-
gefahr vom sicheren Tode des Ertrinkens. Der
Junge war mit seinem Schitten auf dem Eis
des Schloßgrabens in ein Loch gefallen, und
auf seine Schreie eilte das zufällig des We-
ges kommende Mädchen herbei, trock bis zu
der Einbruchsstelle und holte den Jungen aus
dem Wasser. Die Rettung gestaltete sich
so schwieriger, als die Einbruchsstelle ungefähr
3 Meter vom Ufer entfernt war und das Eis
ständig weiter abdrödelte.

Bad Lippbringe, 5. Februar. (Ein Einbrecherneß ausgehoben.) In der Nacht zum 10. ds. Mts. wurde in dem Kaufhause Tate hiersebst ein großer Einbruch ausgeführt. Mit Stahlbohrern entfernten die verwegenen Einbrecher eine schwere eiserne Türfüllung und holten durch die verhältnismäßig kleine Öffnung Manufakturwaren im Werte von über 2000 Goldmark heraus. Durch die hiesige Polizei wurden die umliegenden Polizeistationen und Landjägerereien um schärfste Wachsamkeit gebeten. Daraufhin verhaftete Oberlandjäger Feder-Salzottin eine der Mithäterinshaft verdächtige Person. Sofort holte ein hiesiger Polizeibeamter die verhaftete Person nach hier. Auf diese Weise gelang es, schon in der Nacht zum 13. ein gefährliches Einbrecherneß auszuheben. Der in der hiesigen Schützenhalle wohnhafte Arbeiter H. hatte sich mit Dornrösch der Berufseinbrechern befreundet, und mit diesen zusammen von der einsam gelegenen Halle Raubzüge in die umliegenden vorzunehmen. Das modernste Einbrecherwerkzeug war in raffinierter Weise versteckt. So wurden die Stahlbohrer unter dem Strohlager der Ziegen gefunden und ein Lager gestohlener Waren wurde in Zwischenwänden im Ziegenstalle verborgen gehalten. Mehrere versuchte und ausgeführte Einbrüche fanden auf diese Weise ihre Aufklärung.

Essen, 5. Febr. (Eine Mutter, die ihr Kind aussetzt.) Vor der Strafkammer Essen hatte sich eine Mutter zu verurtheilen, die ihr Kind aus lauter Bequemlichkeit, nur um ein ungeübnetes und leichtmüthiges Leben führen zu können, hilflos aussetzte. Die Angeklagte ist die 26 Jahre alte unberechnlich und berufslose Elfriede Stränge, die keinen festen Wohnitz hat. Am Nachmittag des 27. October v. Jz. fand ein Vergman auf dem Ziegeleibei in der Nähe der Kolonie der Bede Friedrich Ernestine im Stoppchen ein wimmerndes Kind männlichen Geschlechts im Alter von etwa 10 Monaten. Auf Grund der eingermassen genauen Personabeschreibung gelang es nach zweiwöchigen Nachforschungen, die Angeklagte und den Schneider Arnold Bunte als die beiden Personen zu ermitteln, die das Kind ausgesetzt hatten. Die Angeklagte wurde verhaftet, während Bunte, der als Vater des Kindes in Frage kommt, sich aus dem Saube gemacht hat. Die Angeklagte hatte sich längere Zeit hindurch wohnungslos mit ihren jug. Bräutigam in Essen umhergetrieben. Hi weils verlegte sie sich auf den Bettl, während ihr Bräutigam anderen zweifelhaften Geschäften nachging. Dieses hilflose Leben wurde durch das Vorkommen in d s kleinen Kinde sehr beträchtigt. Die Strafkammer verurtheilt die angeklagte Person wegen Kindesaussetzung zu 6 Monaten Gefängnis.

** Essen, 5. Febr. (Gefährliche Schweine-
 diebe vor Gericht.) Im letzten Winter und
 Frühjahr wurden in der Alteneffener Gegend
 monatelang Schweinediebstähle in großem Um-
 fange verübt. Als Einbrecher wurden früher
 die Vergleute Wilh. Musch und Wilh.
 Lochthove aus Alteneffen verhaftet. Als
 zwei Kriminalbeamte um Mitternacht in ihrer
 Wohnung erschienen, um die Täter zu verhaf-
 ten, kam es zu einem geräuschvollen Aufritt.
 Die beiden Einbrecher, die eben mit dem Zer-
 legen gestohlener Schweine beschäftigt waren,
 schickten die Ehefrau Lochthove und die
 mit Musch in wider Ehe lebende Ehe-
 frau Anna Klöcker zu den Franzosen,
 um die beiden Beamten zu bezichtigen, sie seien
 im Besitz von Waffen (!) Unter diesen Umständen
 mußten die Beamten von der Festnahme der
 Einbrecher Abstand nehmen und entfernen sich.
 Bald darauf erschienen die beiden Frauen-
 personen mit sechs Franzosen, die später wie-
 der abzogen. Die Strafkammer verurtheilte Mu-
 sch zu 3 Jahren Zuchthaus, Lochthove zu zwei
 Jahren Gefängnis wegen Einbruchdiebstahls
 und Beamteneinigung. Die Ehefrauen Klöcker
 und Lochthove erhielten er. ere. wegen Beamteneinigung und Sehlerei 7, letztere wegen Beamteneinigung 3 Monate Gefängnis.

** Adln, 5. Februar. (Wildschweinplage.) In den letzten Wochen hat die Wildschweinplage im Vergleich recht unliefsam zugenommen. Die darauf abgehaltenen Sanftjagden waren von Erfolg gekrönt. In diesen Tagen wurde eine Jagd bei Engelskirchen abgehalten, in der 10 Sauen und ein starker Eber erlegt wurden.

Dortmund, 5. Febr. In dem gefrigen Schlachthofmarkt waren aufgetrieben: 312 Stück Großvieh, 364 Kälber, 102 Schafe, 1547 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund Lebendgewicht: Rinder. 1. Ochsen; 2. Bullen: 42 Goldmark, c) 34—38, d) 25—34; b. Stullen: a) 35—38, b) 28—35, c) 20—28; 3. Färsen und Kühe: a) 45—50, b) 44—48, c) 34 bis 44, d) 25—34, e) 15—25. Kälber. b) 60 bis 65, c) 55—60, d) 45—55, e) 30—45. Schafe. 2. Weidemastschafe: a) 40—50, b) 20—40. Schweine. a) 60—62, b) 58—60, c) 56 bis 58, d) 53—56, e) 50—53. Markterlauf: ruhig. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehhofgebühren, Umsatzsteuer, Händlergewinn.

1 Goldmark	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Silber-Ankaufspreis	400 000 000 000
Dollar-Mittelkurs	4 210 000 000 000
Reichssteuer-Umrechnungsfaktor	1 000 000 000 000
Reichsindexziffer (28. 1.)	1 000 000 000 000

Ein Trugbild und die Wirklichkeit.

Der Deutsche Zeitungsdienst gibt folgendes Bild von der wirklichen Lage Deutschlands:

Das Statistische Reichsamt hat kürzlich die Verhältnisse, aus denen hervorgeht, daß Deutschland im November über eine aktive Handelsbilanz verfügte. Ungleich haben wir also in diesem Monat mehr ausgeführt als eingeführt, was man wohl als Gradmesser einer gesunden Wirtschaft betrachten kann. Es versteht sich dann auch von selbst, das man im Ausland, namentlich in Frankreich, die Ziffern des Statistischen Amtes für eine Weile als zu ungünstig für Deutschland verurteilt hat. Französische Zeitungen haben von „dem armen Deutschland“ gesprochen und ihre Ansicht vom Gegenteil mit den Ziffern des Statistischen Amtes belegt. Diese Schlussfolgerungen sind um so schlimmer, als die Hauptbelegung dieser Ziffern ein ganz falsches Bild ergibt. Das Statistische Amt hätte darauf unbedingt Rücksicht nehmen müssen und es vermeiden sollen, ein Gesamtbild in Ziffern darzustellen, von denen es ganz genau wissen muß, daß sie zu Trugschlüssen verleiten. Der deutliche Aufwärtstrend der Ziffern ist aber nicht zu erfassen, da die Einfuhr über das bestmögliche Gebiet sich unserer Kontrolle vollkommen entzieht. Zudem würde das Überwiegen unserer Ausfuhr, wenn es in jenem Monat vorhanden gewesen wäre, nur beweisen, daß wir wirtschaftlich schlimmer dastehen. Die deutsche Industrie ist infolge ihrer Kapital schwachheit nicht imstande, sich mit Rohstoffen im Ausland einzudecken. Und es wäre durchaus möglich, daß die deutsche Ausfuhr gelegentlich deshalb einmal überwiegt, weil die Einfuhr vollkommen stockt. Daß darin alles andere liegt als ein Zeichen blühender Wirtschaft, versteht sich von selbst.

Tatsächlich ist unsere Wirtschaft dem Zusammenbrechen näher als der Möglichkeit, sich wider aufzurichten. Die Devisenverträge mit unserer Produktion im Ausland sind zum Teil unzulänglich. Die deutsche Industrie muß die Weltmärkte vollkommen auf die eigenen Schultern nehmen. Da die Regierung bekanntlich, abgesehen von der Einführung für Steuerzwecke, keine Rückvergütung leistet, verbleibt es von selbst, daß die Exporteure nicht andauern können. Tatsächlich haben wir also im Ausland eine Wirtschaftskrise von größter Gefahr und im unbesetzten Gebiet eine Wirtschaft, die kaum etwas schwimmt. Das ist die Wirklichkeit, über die man sich durch Trugbilder nicht hinwegtäuschen lassen darf.

Dr. Siresemann über die politische Lage.

(W) Außenminister Dr. Siresemann hielt Sonntag in Berlin in einer im großen Saal der Reichshaus veranstalteten Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei eine Rede über die politische Lage. Einleitend führte er, im Hinblick auf die Berichte vom Krankenbett Wilsons aus, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Waffen niedergelegt habe, weil es an die Versprechungen Wilsons geglaubt habe. Mit dem Namen Wilson sei unser außenpolitisches Schicksal verknüpft. Wir können heute nur die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes treiben. Wir müssen uns aber mit aller Kraft dagegen wehren, daß man uns die moralische Schuld am Kriege zuschreibe. In der Gegenwart mache ich jedoch schon eine gewisse Entspannung der früher allein gegen Deutschland eingestellten Meinung der Welt geltend. In dem Zusammenhang der Sachverständigen in Berlin sehe ich den Ausdruck der Sorge und Unruhe der Welt, hervorgerufen durch die Entwicklung seit dem Frieden von Versailles. Eine der stärksten Tatsachen, vor denen heute die Welt steht, sei die Währungsfrage. Aufgabe der Sachverständigen sei es, die Frage zu lösen, wie die Währung der Länder zu regeln sei, damit sie wieder in ein festes Verhältnis zueinander kommen. Siresemann ging dann auf die politische Lage im Innern ein. Ein Volk, das den Krieg verloren habe, müsse sich klar darüber sein, daß es doppelt arbeiten müsse, um die kommende Generation wieder in erträgliche Verhältnisse zu bringen. Er verteidigte dann die Haltung der Regierung gegenüber Sachsen. Daß der Einmarsch in Sachsen richtig war, beweise die in Moskau gehaltene Rede Sinowjews. In dieser Rede habe Sinowjew gesagt, daß der Bolschewismus gehofft habe, daß Sachsen aus Deutschland einzumarschieren.

Ein deutsch-amerikanisches Urteil über Scheidemann.

Philipp Scheidemann hatte der deutsch-amerikanischen Wochenschrift „Die neue Zeit“ eine Schilderung deutscher Rat mit der Bitte um Abdruck eingesandt, die von dem Blatte auch veröffentlicht wurde. Scheidemann schrieb am Schluß seines Artikels: Poincaré werde jegliche Schiedung deutschen Glanzes unberührt lassen. Nichtsdestoweniger sei alle Welt daran erinnert, daß im Kriege, besonders von den französischen Staatsmännern und Generälen immer wieder behauptet worden ist: „Wir führen keinen Krieg wider das deutsche Volk, wir führen den Krieg gegen den Kaiserismus und Militarismus“. Deutschland habe keinen Kaiser mehr und sein Militär sei zertrümmert worden. Jetzt werde der Krieg aus schließlich gegen das hungernde und friedliebende Volk geführt, das die Republik gegen die Reaktion mit Leib und Leben verteidige. Die Schriftleitung der neuen Zeit fügte sein in Auslassungen folgendes hinzu: „Sehr richtig, Herr Scheidemann, und Poincaré, der einzig und allein vermöge der Verbundenheit der Sie, Herr Scheidemann, und ihre Genossen in den Jahren 1916, 1917, 1918 und seitdem bis auf den heutigen Tag an dem deutschen Volke und an den deutschen Arbeitern, die Sie angeblich vertreten, begangen haben. Ihr

heutiger Aufmarsch wäre niemals nötig gewesen, wenn im Jahre 1917 mit Ihrer Hilfe, der Verrat an der heiligmütigen deutschen Armee, der Verrat an dem deutschen Volke, die beschlossene Friedensresolution nicht zustande gekommen wäre. Nicht der Monarchismus — der Marzismus hat ins Feld, in Sklaverei geführt, und es muß erst dem Marzismus der Garau gemacht werden ehe an eine Gesundung gedacht werden kann.“

In der folgenden Nummer „der neuen Zeit“ schrieb die Schriftleitung noch weiter: „Scheidemann hat nicht das Recht, (wie er es getan hat), zu behaupten, daß Poincaré der Reaktion in Deutschland die Wege ebnet, falls unter Reaktion die national-monarchistische Bewegung gemeint ist. Seit 1918 hatten Scheidemann und Genossen das Heft in der Hand und der in der vorigen Nummer veröffentlichte Aufsatz Scheidemanns beweist wohl die sozialdemokratische Herrschaft Volk und Land gebracht hat. Die Novemberrevolution und die darauf folgende Herrschaft der Sozialdemokratie muß als Reaktion bezeichnet werden, denn durch sie ist das Volk enttäuscht und im höchsten Sinn des Wortes an den Bettelstab gebracht worden.“

Chaotische Zustände infolge des Separatistenlagers.

herrschen in Bismarcks. Die Stadt ist ohne regelmäßigen polizeilichen Schutz. Die städtischen Beamten hat nach der Befreiung des Stadthauses, wegen der Bedrohung durch die Separatisten, die Arbeit eingestellt. Der Stadtrat von Kirchheimbollen hat beschlossen, seine Tätigkeit so lange einzustellen, bis das alte Bezirksamt wieder eingesetzt ist, und geordnete Zustände wieder eingetreten sind. Darauf wurde Bürgermeister Bug vor den separatischen Bezirkskommissionar geladen und ihm aufgegeben, daß er seine Geschäfte weiter führen müsse, widrigenfalls keine und des Stadtkommissars Beders Ausweisung aus dem besetzten Gebiet und Vermögens beschlagnahme erfolgt.

Über das Vermögen des Wingers Rothe in Dürheim wegen seiner vor dem Generalrat der Ektos angegebenen scharfen Erklärung gegen die von den Separatisten verhängte Beschlagnahme ist auf die Vorstellungen des Rothe bei Ektos und den beteiligten Stellen aufgehoben worden.

Kleine Nachrichten.

In der Nacht zum Freitag ist auf der Eisenbahnstrecke Reichenbach-Plauen ein Eisenbahnwagen mit etwa 1000 Postpaketen in Brand geraten und völlig abgebrannt.

Dr. ing. Reinhold Weder, Generaldirektor der Stahlwerke Weder, ist im Alter von 53 Jahren gestorben. Er wurde am 15. Febr. 1866 geboren und hat sich aus kleinen Anfängen zu einem der maßgebendsten Industriellen aufgeschwungen. Aus Kreisen des Reichspostministeriums hören wir, daß im abgelaufenen Monat die durchschnittliche Tageseinnahme 9,4 Millionen betrug, während sie im Dezember nur 8,5 und im November nur 8 Millionen erreichte. Ferner verlautet, daß der Personalverehr monatlich das Budget der Reichsbahn mit 30 Millionen Goldmark belastet.

Die Bergbau-A.-G. Pöhringen hat durch Umtausch von drei Rathilde-Hütten Aktien gegen zwei Essener Steinhütten Aktien einen Gewinn erzielt. Die Transaktion ist mit der Zusammenlegung der Eisensteinfelder und damit die Erweiterung der Erzbasis der Bergbau-A.-G. Pöhringen in Verbindung zu bringen.

In Wiesbaden wurde das Regierungsgebäude, das Rathaus, das Landeshaus und das Landratsamt von den Separatisten geräumt. Die Räumung verlief in Ruhe. Die Beamten der Regierung usw. werden wieder in ihre Betriebe eingeführt.

In Leipzig sind die Metallarbeiter in den Streik getreten, nachdem vom Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt worden war, der eine Erhöhung der Arbeitszeit auf höchstens 54 Stunden und einen Spitzenlohn von 45 Pf. die Stunde vorsah.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist Samstag nachmittag ein neues Abkommen zwischen der Wicam und den Belpahlwerken unterzeichnet worden. Es ist eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe (nach Havas um 1/2 des derzeitigen Tarifes) daneben jedoch eine Kontribution vorgeschrieben, die sich auf das Doppelte der herabgesetzten Ausfuhrabgabe beläuft. Der Ertrag der Kontribution soll zur Bezahlung von etwaigen Zahlungen auf Reparationskonto Verwendung finden.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat an die Bevölkerung von Wiesbaden ein Telegramm gerichtet, in dem er den Glückwunsch der preussischen Regierung zu der beginnenden Befreiung von den Separatisten ausdrückt und den Dank des Vaterlandes für ihre Treue zum Reiche ausdrückt.

Nach Blättermeldungen aus Rom ist gestern das italienisch-russische Abkommen unterzeichnet worden.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 5. Febr. Der Turnverein zu Kamen 54. e. V., veranstaltet am Sonntag, den 10. Febr. in der Turnhalle Nordentor sein diesjähriges Winterfest, worauf wir hiermit schon hinweisen. Nur durch die Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt. Näheres erscheint noch im Inseratenteil.

Dortmund, 5. Febr. Der Dortmunder Regler-Verband e. V. für Dortmund und Umgegend hat im neuen Jahre bereits angefangen, sich besonders regt wie jede andere Sportorganisation zu betätigen. Fast sämtliche angeschlossenen Klubs (43) sind zur Zeit eifrig dabei, in 4 verschiedenen Gruppen, Nord, Ost, West und Süd, gesamtlich Klubsammlungen auszuführen, welche zum Schluß das Ergebnis haben sollen, die Klubsammlungen unter die angeschlossenen Klubs, u. die Verbandsmittel unter die sämtlichen Mitgliedern des Verbandes zu verteilen. Viele schöne Ergebnisse konnten schon gemeldet werden und sind in einzelnen Tagesblättern auch schon bekannt gegeben worden. Teilnehmende Klubs meinen es wirklich ernst, den schönen Männer-sport zu fördern. Er wird also auch dem besten Klub und dem besten Einzelkämpfer nicht leicht gemacht werden die Meisterschaft zu erringen. Für die Zeit vom 29. März bis 8. April hat der Verband den ganz im Mittelpunkt der Stadt Dortmund gelegenen Reindolfsaal für ein 11tägiges großes Regler-, verbunden mit Sportwettkämpfe, Klub- und Städtewettkämpfen gemietet mit anschließender Siegesfeier am 12. April. Gelegt wird auf 4 ganz neuen Bahnen nach Bundesvorschrift. 2 je 24 Meter-Schere, 2 je 29 Meter-Schere. Wertvolle Siegerpreise sind gestiftet wie vollständige Kücheneinrichtung, Herren-fahrrad, Chaiselongue, Solonub, 2 Korbfleisch usw. circa 80 Preise. Nur Vereins- und Bundesmitglieder können an diesem Regler teilnehmen.

Regler, 5. Febr. Der Verband westfälisch-märkischer Stenographen (System Gabelberger) hielt am Sonntag, den 27. Januar, in der Stadt zur Krone seine 14. Tagung ab. Die von 44 Vereinen durch 67 Delegierte besetzte Vertreterversammlung wurde um 4 Uhr nachmittags durch den 1. Verbandsvorsitzenden H. B. Reim mit herzlichem Worten der Begrüßung eröffnet. In der ersten Sitzung wurde der Bericht des Verbandsvorsitzenden über die Tätigkeit des Verbandes in der letzten Versammlung angenommen. Die Berichte aus den verschiedenen Bezirken des weiten Verbandsgebietes ergaben übereinstimmend ein erfreuliches Bild von der immer weiter fortschreitenden Verbreitung des Systems. Die für die nächste Zeit zu erziehenden Werbemaßnahmen wurden eingehend besprochen. Ein durch freiwillige Stiftungen ausbeachteter Wander-Schreibwettbewerb wurde dem Verbandsvorsitzenden mit der Bestimmung übergeben, ihn bei den künftigen Verbandssitzungen dem Verein zu überreichen, der entsprechend seiner Mitgliedszahl die besten Leistungen erzielte, und dem Verein endgültig in Besitz zu geben, der ihn dreimal aufeinander erneuert. Das eigene Verbandsorgan „Konfession“ soll von jetzt an wieder regelmäßig monatlich erscheinen. Der Verbandsvorsitzende wurde einstimmig wiedergewählt. Als Ort für die nächste Tagung wurde Kamen bestimmt. In die Vertreterversammlung schloß sich, um 7 Uhr beginnend, ein Festabend aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Westfälisch-märkischen Stenographenvereins Gabelberger.

Briefkasten.
G. S., Kamen. Die Schornsteine auf den Dächern sind meist dunkel oder in bedenklicher Farbe gehalten. Die Kamine, die heute so fremdartig aussehen, lassen an den Schornsteinen das fogen Schornsteinabsetzen (farbige Ringe, Sterne u. dergl.) anerkennen, um dadurch den Dampfer, als einer bestimmten Herkunft gehörig, leicht erkennbar zu machen. In der Kriegsmarine lassen die Schornsteinabzeichen die Zugehörigkeit zu einem Geschwader und den Schiffsplatz erkennen.

G. in Kamen. Den von Ihnen genannten Zee lemen wir nicht. Wir können aber auch im Briefkasten keine bestimmten Bezugsquellen angeben, sondern nur darauf hinweisen, daß derartige Mittel gewöhnlich in den Apotheken oder Drogerien zu haben sind.

B. S. 100. 1. Mein. — 2. 180 Gr. Brill. Wasser. 2-4 Gr. doppeltkohlensaures Natrium und 1 Esslöffel reines Glycerin. Auer täglich, später zwei- bis dreimal reichlich einreiben und ca. 1 Jahr lang fortsetzen. Bedeutendliche Kopfschmerzen mit milder Seife.

K. S. 1205 in Kamen. Esperanto ist eine von Dr. med. S. Samenhof in Berlin erfundene internationale Hilfssprache, die die Nationalsprachen nicht verdrängen soll und kann, wohl aber da einspringen soll, wo die Verständigung zwischen Menschen verschiedener Sprachen unmöglich ist. Das Esperanto ist dazu wohl geeignet, es ist leicht erlernbar und wohlklingend.

Wetterbericht.
6. Febr.: Niederschläge, teils Sonne. Milde.
7. Febr.: Veränderlich. Tags gelinde.
8. Febr.: Raum verändert.
9. Febr.: Wollen, teils Niederschlag. Nachkalt.

Wie wir vom Verlage Adolf Schönhof Hannover erfahren, erscheint der Schattkalender in diesem Jahre als Doppeljahrgang 1924/25, da die Herstellung unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der Herbstmonate unmöglich war. Mit reichem Bilderreichtum mit Originalzeichnungen von Fritz, Niemeyer u. Rosen bietet der Kalender einen unterhaltenden Lesestoff in hoch- und plattdeutscher Form, in Poesie und Prosa, in humorvoller und ernster Art. In den letzten Jahren hat der Kalender von Hans Friedrich Lind, „Die rote Rose“ von Hermann Börs, und „Das tolle Dorf“ von Volpert. Besonders interessant ist dieser Jahrgang durch eine bisher unveröffentlichte Erzählung von Börs „Die alte Garde“. Mit herrlichen niederdeutschen Humor tragen Schürer, Gogor, Gogor, Gogor, Gogor u. a. mehr. Als Meister der Poesie, auch in diesem Jahre wieder Börs u. Lind. In der letzten Nummer des Kalenders ist eine lustige Prosaerzählung aus dem Bielefelder Land vertreten. Der Kalender atmet echte deutsche Kunst, so daß wir ihn überall empfehlen können.

Café Linke

Jeden Donnerstag

Künstlerkonzert

Anfang 7 Uhr.

Stürme

heißt der große amerikanische Universalfilm in 7 Akten, der am Dienstag, den 5. und Mittwoch, den 6. Februar in den

K. Li. (Kamener Lichtspielen)

läuft. 295

Herren - Fahrrad gefunden. 290

Näheres bei 290

Strassensperrung Südkamen-Westf. Der an der Mühle in Südkamen vorbei führende Weg von Südkamen nach Westf. wird wegen des Ausbaues der Körne und Anlage einer neuen Brücke für sämtlichen Fahrverkehr bis auf weiteres gesperrt. Zur Aufrechterhaltung des Fußgängerverkehrs wird die Sesele-Gesellschaft eine provisorische Brücke über die Körne anlegen. Unna, den 31. Januar 1924. Die Polizeiverwaltung des Amtes Unna-Kamen: Lehmann, Amtmann. 291

Zu verkaufen: 2 gute hochtragende Ziegen, 8 Bentner Runkeln, ungefähr 1 Bentner Hen, sowie 1 sehr gut erhaltener Unterbau eines kleinen Federflachwagens mit Rädern, Deichsel etc., desgl. von 2-rädriger Federhandkarre. 297 Bahnhofstraße Nr. 17.

Wollen Sie wirkungsvolle künstlerische Plakate zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die Druckerei der Kamener Zeitung Kamen.

Für kleinen Geschäftshaus halt für sofort ein ordentliches Mädchen 287

Ein möbliertes oder unmöbliertes Zimmer sofort gesucht. Angeb. unter Nr. 293 an die Geschäftsst.

Empfehle guten bürgerlichen Mittag- und Abendtisch. Heinrich Grundmann, Kamenstraße 11. 289

Anzeigen aller Art inseriert man erfolgreich in der

Kamener Zeitung.



Unterhaltungs-Beilage

der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Die Falkner auf Lindenböbe.

Don Otto Stromberg, Dresden-Sandbühl.

(Schluß des Vorigen)

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

Lebenskampf.

Don Otto Stromberg, Dresden-Sandbühl.

Die Welt ist ein Kampfplatz. Man kämpft für sich allein, man kämpft für andere, man kämpft für die Menschheit.

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

Dies und das.

Don Otto Stromberg.

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

Die australische Hilfe für Deutschland.

Don Otto Stromberg.

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

Zwei lustige Geschichten.

Don Otto Stromberg.

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“

„Du hast mich nicht geliebt,“ sagte er, „und ich habe dich geliebt.“